

ver.di

vaau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

6. April 2021

ver.di im Gespräch mit dem Finanzsenator

Einstellungszahlen erhöht, Quereinstieg ausgeweitet

Am 29. März 2021 trafen sich Eric Lausch und Jörg Bewersdorf als Vertreter der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung und Lisa-Marie Psurek für die ver.di-Jugend Steuerverwaltung mit dem Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz, Frau Goetsch (Abteilungsleiterin III) und Frau Art (Referatsleiterin III G).

Drei Themenbereiche hatten die ver.di-VertreterInnen auf ihrer Tagesordnung: die Personalsituation, die Ausbildung und die Nachwuchsgewinnung sowie die aktuellen Herausforderungen im Umgang mit der Corona-Pandemie.



Personalsituation

ver.di machte deutlich, dass dem steigenden Personalunterbestand erhebliche Anstrengungen entgegengestellt werden müssen. Laut dem letzten Quartalsbericht zum 31.12.2020 sind inzwischen 387 Stellen bzw. Stellenteile nicht besetzt und die Entwicklung der letzten Jahre ist besorgniserregend. Hinzu kommen neue Anforderungen an die Beschäftigten wie die Grundsteuerreform, die Bewältigung der rasanten Aufgabenzuwächse des Finanzamts Neukölln und die aus der Corona-Pandemie entstehenden zusätzlichen Aufgaben wie zum Beispiel die Entschädigungszahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz. Jörg Bewersdorf machte deutlich, dass die geplanten Abordnungen an das FA Neukölln und an SenFin, VD, die Situation in den Finanzämtern weiter verschärfen werden. Der Senator räumte die angespannte Situation, insbesondere im FA Neukölln, ein. „Das ist der Fluch der guten Tat“, so Dr. Matthias Kollatz zu den rasant steigenden Fällen der online-Händler, die nicht nur auf die sogenannten Chinafälle begrenzt bleiben werden. Der „Rest der Welt“ als Zuständigkeitsbereich des FA Neukölln sei deutlich größer. Er machte aber auch deutlich, dass die Besteuerung dieses Geschäftsmodells richtig sei, hier aber mehr Personal und letztlich eine Neuordnung erforderlich wären. Er sagte weitere Einstellungen für diesen Bereich im Wege des Quereinstiegs zu. Auch auf die Grundsteuerreform werde man mit



zunächst befristeten Einstellungen reagieren. ver.di hatte von Anfang an kritisiert, dass hier keine unbefristeten Arbeitsverhältnisse geschaffen werden sollen. Der Finanzsenator sagte zu, dass allen, die sich dafür anbieten, später eine dauerhafte Perspektive in der Berliner Steuerverwaltung geboten werden soll, sei es durch einen Wechsel in die Ausbildung oder für andere Aufgabenbereiche als Tarifbeschäftigte.

Das alles löst aber nicht das strukturelle Personalproblem. Aus diesem Grund hat SenFin die Absicht, ab dem Einstellungsjahr 2022 die Einstellungszahlen in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegamt (ehem. mittlerer Dienst) von 170 auf 210 und in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) von 210 auf 270 zu erhöhen. Ein Personalaufwuchs ist wichtig und möglicherweise alternativlos, allerdings auch mit großen Herausforderungen verbunden. Die Beschäftigten in den Finanzämtern sind bereits jetzt schon mit der praktischen Ausbildung stark belastet. Ein Mehr an AnwärterInnen wird diese Belastung weiter ansteigen lassen. Darüber muss geredet werden. ver.di hat sich daher bereits für den Spätsommer zu einem weiteren Gespräch mit dem Finanzsenator verabredet, bei dem dieses Thema bestimmt einen Schwerpunkt einnehmen wird.

Aber auch der Quereinstieg wird weiter ausgebaut, um dem wachsenden Personalunterbestand zu begegnen. Nach Geschäftsstelle, ZZfÄ, Bewertung/Erhebung, AHE, Spielbankaufsicht und der Abteilung für beschränkt Steuerpflichtige nimmt SenFin nun die Außenprüfung in den Blick. Dem Modell aus Hessen folgend, soll noch in diesem Jahr eine Ausschreibung erfolgen, die sich an Bachelor-AbsolventInnen der Fachrichtung BWL richten wird. Von zunächst 10 bis 20 Stellen ist die Rede, der Bedarf ist weitaus größer. ver.di befürwortet den Ausbau des Quereinstiegs ausdrücklich. „Wir wollen nicht wieder zu einem BP-Modell zurückkehren, bei dem alle AbsolventInnen der Laufbahngruppe 2.1 in die Außenprüfung beordert werden“, so Eric Lausch.

Ausbildung in Pandemiezeiten verbessern

Nicht zuletzt wegen des schlechten Ergebnisses der Zwischenprüfung des Jahrgangs E 2020 hat Lisa-Marie Psurek deutliche Worte zur aktuellen Ausbildungssituation gefunden: „Die Anwärterinnen und Anwärter der Jahrgänge E 2018 und E 2019 machen Homeschooling seit Januar. Die technische Ausstattung ist unzureichend, die räumlichen Bedingungen sind oft katastrophal“, so Lisa Psurek. Sie wisse von AnwärterInnen, die allein mit dem Smartphone ohne eigenen Drucker versuchen müssen, den Unterrichtsstoff zu bewältigen, die an Küchentresen auf dem Barhocker ihr elearning-Programm absolvieren müssen. Sie fragte den Finanzsenator ganz konkret, wie unter diesen Bedingungen ein erfolgreicher Abschluss von 75 % derjenigen erreicht werden kann, die die Ausbildung bzw. das Studium begonnen haben. SenFin räumte ein, dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Ausbildungsmöglichkeiten in den Finanzämtern seien dringend zu verbessern. ver.di forderte zudem, alle AnwärterInnen zu Beginn ihrer Ausbildung mit einem Laptop auszustatten.

Lisa-Marie Psurek machte aber auch deutlich, dass es mit einer erfolgreichen Ausbildung nicht getan sei. Auch diejenigen, die sich unter Coronabedingungen erfolgreich durch Ausbildung und Studium gekämpft haben, werden Nachholbedarf haben, Unterstützung benötigen und nach der Ausbildung noch nicht voll einsatzfähig sein. Die SenFin-Vertreterinnen versprachen, diese Anregung mitzunehmen und u. a. mit den Amtsleitungen zu erörtern.

Lisa-Marie Psurek als Vertreterin der ver.di-Jugend sagte zu, SenFin über konkrete Probleme in der Ausbildung zu informieren.

Corona: Test und Masken für die Finanzämter

Eric Lausch wies aufgrund der jüngsten Beschlüsse des Berliner Senats darauf hin, dass die Finanzämter schnellstmöglich mit Schnelltests versorgt werden müssen. *„Es darf nicht der Eindruck entstehen, hier gebe es eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zwischen SenFin und den Finanzämtern“*, so Eric Lausch. Den Beschäftigten in den Finanzämtern sei durchaus bekannt, dass bei SenFin bereits Schnelltests für die Präsenzbeschäftigten durchgeführt werden. Der Finanzsenator sagte zu, unmittelbar nach Ostern Schnelltests in ausreichender Zahl in die Finanzämter zu liefern. Die Organisation der Testungen müsse dann aber dezentral organisiert werden.

ver.di machte auch deutlich, dass die Maskenverteilung noch nicht in allen Finanzämtern gleichermaßen gut funktioniert. Hier werde noch einmal auf die Amtsleitungen zugegangen, damit die Verteilung zukünftig überall problemlos erfolgt.

Sozialberatung für alle Finanzämter gefordert

Zum Abschluss des einstündigen Gesprächs machte Jörg Bewersdorf noch einmal deutlich, dass die Sozialberatung eine große Anerkennung genießt und dringend allen Beschäftigten kontinuierlich angeboten werden sollte. *„Gerade in Zeiten, in denen Gesundheit ganz oben in der Wahrnehmung ist, sollten die notwendigen Mittel zum Haushalt angemeldet werden, um dieses Angebot allen Beschäftigten zugänglich zu machen“*, so Jörg Bewersdorf. Es seien dafür nur überschaubare Mittel erforderlich, die sich schnell amortisieren würden. Die SenFin-Vertreterinnen sagten zu, die erforderlichen Mittel zum Haushalt anzumelden. Das letzte Wort hätte aber das Parlament.

Mit einer Verabredung, das Gespräch im Spätsommer fortzusetzen, endete die erfolgreiche Zusammenkunft.